

Gedächtnisprotokoll vom Besuch der Sitzung des Innenausschuss zum Polizeieinsatz am 29. Januar eines interessierten Menschen aus Wuppertal

„Das Versammlungsrecht ist ein so hohes Rechtsgut, dass Straftaten Einzelner keine Auflösung der Versammlung rechtfertigen. Dafür muss die Versammlung insgesamt unfriedlich sein!“ (O-Ton Polizeinspekteur D. Wehe)

Der Saal war für eine Ausschusssitzung ungewöhnlich voll; aus Wuppertal waren etliche Leute – und nicht nur Bündnisleute – gekommen. Der Innenminister Jäger war anwesend, überließ aber seinem Oberinspekteur Hr. Wehe den Großteil der Redezeit.

Quintessenz der Veranstaltung war, dass das Innenministerium die Deeskalationsstrategie der Wuppertaler Polizeipräsidentin ganz toll fand. Man habe alles getan, um „deeskalierend“ zu wirken: das hieße vor allem, ein Aufeinandertreffen von Nazis und Antifas zu verhindern. (ach, ja?! Hier hakte Gunhild Böth - DIE LINKE - dann noch mal nach und merkte an, dass genau das ja nicht so ganz hingehauen habe...)

Vor Gericht habe man eben nur durchsetzen können, dass die Demo nicht in Sichtweite des AZ kommen dürfe: die restliche Route und die Anmeldung selbst haben aber nicht Anlass gegeben für ein Verbot im Vorfeld. Man habe also die Demonstration, wenngleich natürlich ungerne, schützen müssen. Eben weil das Versammlungsrecht so wertvoll ist: Bei Straftaten Einzelner müssten diese zwar verfolgt, die Versammlung insgesamt aber nicht beendet werden.

Dafür sei auch die weiträumige Sperrung mit der Konsequenz der erheblichen Beeinträchtigung des Verkehrs notwendig gewesen. Der Zugverkehr sei zwischen 11:20 und 13:51 vollständig zum Erliegen gekommen.

Die Nazis hätten insgesamt 15 Demo-Auflagen erhalten (keine verbotenen Fahnen, keinen Gleichschritt usw...). Wegen des um fast vier Stunden verspäteten Beginns des Aufmarschs habe man Reitz als Anmelder nicht verantwortlich machen können, da dieser ja im blockierten Zug saß. Nach der Nazikundgebung am Neunteich habe man dann abgebrochen – vorgesehen war eigentlich der Rückmarsch nach Unterbarmen – weil es ja inzwischen (18.00 Uhr) dämmerte; aus Sicherheitsgründen habe man dann die WSW-Busse eingesetzt. Ebenfalls aus Sicherheitsgründen seien die Nazis zur Kundgebung kutschiert worden, die sich vorher ins PP geflüchtet hatten.

Die Cops hätten selbstverständlich ausschließlich zur „Eigen- und Fremdsicherung“ von Gewalt Gebrauch gemacht: Auf der B 7 hätten Leute vorne gedrängelt und von hinten geworfen, da habe man nach einer Durchsage Pfeffer einsetzen müssen. Auch am Hofkamp / Morianstraße sei die Polizei mit Pfeffer und Steinen angegriffen worden und habe dann selbst Pfeffer eingesetzt.

Wegen der systematischen Nicht-Ansprechbarkeit der Einsatzleitung meinte Hr. Wehe nur, Gunhild Böth hätte sich doch nur eine Telefonnummer im Innenministerium geben lassen müssen. Auch Monika Düker (GRÜNE) – die Vorsitzende des Ausschusses – schwärmte daraufhin regelrecht, sie habe das oft gemacht und könne das nur empfehlen, und wie freundlich dann alle Polizisten sind und wie gut der Service sei.

Ansonsten: Kein Wort dazu, dass sowohl der Anmelder, als auch Hr. Bialas und Hr. Neumann (beide SPD-Landtagsabgeordnete) keinen Ansprechpartner bei der Polizei finden konnten. Das wurde als „Kommunikationsproblem“ abgetan.

Zum Gewahrsams- und Verletzungssaldo:

Es habe insgesamt 140 Ingewahrsamnahmen gegeben, davon 77 Nazis und 72 Antifa (macht nach Adam Riese 149, wer weiß vielleicht wurden manche doppelt gezählt?!). Es seien insgesamt 23 Strafverfahren eingeleitet worden (u.a. wegen Hitlergruß, tätlichem Angriff, „Kopfnuss“...). Die 65 Nazis, die durch Barmen marodiert waren, seien alle festgenommen und erst nach der Demo entlassen worden. Eine Reichkriegsfahne habe es nirgendwo gegeben, nur die rotweißschwarze. Das Videomaterial werde zur Zeit noch ausgewertet und die Staatsanwaltschaft prüfe die strafrechtliche Relevanz diverser Parolen und

Lieder.

Die Minderjährigen in der GESA seien von Jugendamt betreut worden.

Elf Personen in der GESA müssten behandelt werden, meist wegen Übelkeit es gab ein gebrochenes Nasenbein.

Auf Polizeiseite habe es bei 1.770 eingesetzten Beamten 14 Verletzte gegeben; die meisten hatten Augenreizungen, auch Prellungen und Schnittwunden.

Ansonsten wurde über die angebliche „zunehmende Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten“ gejammert (vormittags war schon über die Verschärfung §113 StGB – tätlicher Angriff gegen Polizei oder so debattiert worden).

Hr. Bialas meinte noch, die Polizei sei ja dafür da „die Versammlung zu schützen, und nicht die Extremisten“. Er plädierte aber auch dafür, das Versammlungsrecht abzuwägen gegen die Bewegungsfreiheit der „Bürgerinnen und Bürger“. Komplizierte Sache das...

Das Loblied des Innenministeriums auf die Versammlungsfreiheit jedenfalls sollten wir uns merken.